Widerspruch

www.linke-oder-spree.de

17. Jahrgang

Mai 2008

Einführung eines Sozialtickets bleibt im Kreistag LOS auf der Tagesordnung

Ab 28. April 2008 Volksbegehren – Für ein Sozialticket in Brandenburg

Die Regierungsfraktionen von SPD und CDU in Brandenburg hatten das Ansinnen der Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg“ mit mehr als 32 000 Unterschriften am 23. Januar abgelehnt. Das war eine falsche Entscheidung und entspricht nicht einer Bevölkerungsmehrheit von 76 Prozent, die sich laut einer aktuellen „emnid“-Umfrage für ein Sozialticket ausgesprochen hat.

Ziel der Einführung eines Sozialtickets ist es, die Lebenssituation von Menschen und Familien mit geringem Einkommen zu verbessern. Vor allem Menschen, die auf die täglichen Fahrten zur Arbeit angewiesen sind und deren Arbeitsentgelt so niedrig ist, dass sie ergänzende Arbeitslosengeld-II-Leistungen beanspruchen.

Zur Deckung der Mobilitätskosten reicht der im Regelsatz des Arbeitslosengeldes II vorgesehene Betrag bei weitem nicht aus. Im Flächenland Brandenburg aber ist Mobilität zur Teilnahme am beruflichen, gesellschaftlichen und kulturellen Leben für die Menschen lebensnotwendig.

Ein Sozialticket kann für viele Menschen Mobilität sichern und Ausgrenzung verhindern.

Als positiver Aspekt eines Sozialtickets ist auch die Chance für eine steigende Nachfrage an öffentlichem Nahverkehr zu sehen, die wiederum dem weiterhin drohenden Ausdünnen des ÖPNV-Netzes in Brandenburg entgegen wirken könnte.

Die Fortsetzung der Initiative in der nächsten Stufe – dem Volksbegehren – startet am 28. April.

Angesichts der bevorstehenden Kommunalwahlen im September diesen Jahres veranlasste dieser

Zeichnung: Gertrud Zucker

nachhaltige Druck die Regierenden im Lande nun doch dazu, Kompromissbereitschaft zu signalisieren. So hat die Regierungskoalition kürzlich einen eigenen Vorschlag für die Ausgestaltung eines Sozialtickets vorgestellt, der sogar über den Vorschlag der Volksinitiative hinausgeht, allerdings keine gemeinsame Lösung für Brandenburg und Berlin beinhaltet.

Wenn die Regierungskoalition ihren Vorschlag ernst meint, hat sie die Chance, diesen in der nächsten Sitzung des tarifbestimmenden Aufsichtsrates des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) bestätigen zu lassen.

Da auch die Landkreise Brandenburgs in Persona der Landräte Mitglieder im Aufsichtsrat des VBB sind, hat der Kreistag des Landkreises Oder-Spree auf seiner Sitzung am 2. April auf Antrag unserer Fraktion der LINKEN mit großer Mehrheit auch der Koalitionsfraktionen (bei nur 4 Gegenstimmen und 7 Enthaltungen) den Landrat aufgefordert, in der voraussichtlich am 22. Mai stattfindenden Aufsichtsratssitzung des VBB für die Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg zu stimmen.

Wir werden das Stimmverhalten des Landrates zu gegebener Zeit hinterfragen.

Jedoch darf der Druck jetzt nicht nachlassen. Noch ist das Sozialticket keineswegs in trockenen Tüchern. Deshalb ist das Volksbegehren wichtig. Jetzt müssen die Brandenburgerinnen und Brandenburger ihrer Regierung weiter Druck machen, damit das Ticket auch wirklich kommt. Schöne Worte reichen nicht mehr. Wir wollen Lösungen statt Losungen.

Monika Krüger, Neu Zittau
Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Kreistag LOS

In dieser Ausgabe:

Chronologie des Brandenburger Sozialtickets 2

Bad Saarow als Kurort weiterentwickeln 3

Kreistagsreport 4
- Stellen sich erneut zur Wahl
- Ein Lehrstück politischer Doppelzüngigkeit

Wer kennt den Seeheimer Kreis? 5

Landtagsreport 7
- Für bessere Musikschulen!
- Schüler, Schüler, du musst wandern?!

Krieg ist Barbarei und kein Menschenrecht 9

Fürstenwalder LINKE mit interessanter Liste zur Kommunalwahl 11

Familie Plenzke ist moralischer Sieger 12

DIE LINKE.
Kreisverband Oder-Spree

Chronologie des Brandenburger Sozialtickets

■ **18. Oktober 2006**: Die Landesregierung Brandenburg hat einen Gesetzentwurf zur Änderung des ÖPNV-Gesetzes vorgelegt (Drucksache 4/3532). Die Fraktion der Linkspartei.PDS wird die Einführung eines Sozialtickets beantragen – so wie es in Berlin schon längst die Regel ist. Viele Menschen können auf Grund ihrer finanziellen Notlage nicht mobil sein und werden somit zusätzlich ausgegrenzt. Ein Sozialticket kann hier gegensteuern.

■ **1. Mai 2007**: Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg startet. Gemeinsam mit dem Arbeitslosenverband Brandenburg e. V., dem DGB Bezirk Berlin-Brandenburg, dem ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, der Grünen Liga Brandenburg e. V. und der WASG Brandenburg organisiert die Linkspartei. PDS Brandenburg eine Volksinitiative für ein Sozialticket in Brandenburg.

■ **2. Oktober 2007**: Der Tagesspiegel berichtet: 32 400 Stimmen für ein Sozialticket in Brandenburg

■ **23. Januar 2008**: Der Landtag Brandenburg lehnt in namentlicher Abstimmung gegen die LINKEN die Volksinitiative „Für ein Sozialticket in Brandenburg" ab. In Brandenburg wird es vorerst kein Sozialticket geben. Aus Sicht der Koalitionsfraktionen von SPD und CDU sind Sozialtickets Sache der Landkreise und kreisfreien Städte.

■ **23. Februar 2008**: Auf der Klausurberatung der Brandenburger SPD wird ein umfangreiches Sozialpaket einschließlich deren finanziellen Rahmenbedingungen verabschiedet. Es enthält unter anderem ein landesweit nutzbares Sozialticket, welches nicht mehr als 30 Euro im Monat kosten soll. Alle Menschen sollen am sozialen und kulturellen Leben teilnehmen können. Das gilt auch für diejenigen, die beispielsweise von Arbeitslosengeld leben oder nur sehr geringe Einkommen haben. Den Vorschlag der Volksinitiative für ein Sozialticket hält die SPD für nicht befriedigend: „Das Land übernimmt die Verantwortung für Mobilität. Die Landesregierung wird deshalb die Voraussetzungen schaffen, damit im Rahmen des VBB eine Sozialticketlösung angeboten werden kann. Sie soll es als landesweit nutzbares Monatstickets zum Preis von maximal 30 Euro geben. Sie bietet damit bessere Nutzungsbedingungen als die von der Volksinitiative vorgeschlagene Lösung. Dieses Ticket wird auch denjenigen helfen, die neben ihrer Arbeit noch aufstockende Leistung nach SGB II bekommen".

■ **25. Februar 2008**: Durch die gesetzlichen Vertreterinnen und Vertreter in der „Volksinitiative zur Einführung eines Sozialtickets in Brandenburg" (Arbeitslosenverband, DGB, GRÜNE LIGA, ver.di, DIE LINKE.) wird ein Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens beim Landtagspräsidenten Gunter Fritsch (SPD) gestellt. Die Befragung könnte im Mai starten.

■ **14. März 2008:** Brandenburgs Regierungsparteien SPD und CDU haben sich nach teils heftig und laut verlaufenden Verhandlungen auf ein gemeinsames Sozialpaket geeinigt. Dabei hat die SPD zugunsten der CDU einige Abstriche an eigenen Forderungen gemacht. „Ein Mobilitätsticket soll insbesondere denjenigen zu Gute kommen, die einer Erwerbsarbeit nachgehen und aufgrund ihres geringen Verdienstes zusätzlich aufstockende Sozialleistungen („Aufstocker") erhalten. Das Mobilitätsticket wird ferner vornehmlich chronisch Kranke und Kinder, die ihre Eltern pflegen müssen, unterstützen. Es soll laut Infrastrukturminister Reinhold Dellmann (SPD) zum halben Preis eines normalen Tickets für einen (38,70 Euro), zwei (43,80 Euro) oder drei (64,20 Euro) Landkreise oder kreisfreie Städte angeboten werden. Zusätzlich werde es Tickets für zwei, vier und sechs „Waben" des VBB-Tarifsystems geben. Eine Wabe hat jeweils einen Durchmesser von etwa fünf Kilometern. Das Ticket soll allerdings anders als ursprünglich von der SPD geplant nicht landesweit, sondern für maximal drei Landkreise gelten.

■ **28. April bis 27. August 2008**: Im Volksbegehren zur Einführung eines Sozialtickets werden 80 000 Unterschriften benötigt, um die Regierenden zu zwingen, die Interessen der Betroffen zu beachten.

■ **22. Mai 2008** (?): VBB-Aufsichtsrat entscheidet über Einführung des Mobilitätsticket.

■ **1. September 2008** (?): Das Mobilitätsticket der Landesregierung ist in Kraft.

■ **28. September 2008** (!): Landtagswahl in Brandenburg

Dr. Elira Strauß, Erkner

Durchführungsbestimmung:
„Das Volksbegehren kann durch alle stimmberechtigten Bürgerinnen und Bürger ab dem 28. April 2008 bis zum 27. August 2008 durch Eintragung in die ausliegenden Eintragungslisten in den folgenden Eintragungsräumen unterstützt werden."
Eintragungslisten liegen zu den Öffnungszeiten in den örtlichen Verwaltungen aus.

SPD-CDU-Koalition in Brandenburg

Monarchkratie?

Der Landtag Brandenburg baut sich ein Schloss. Mitten in Potsdams Innenstadt auf dem Gelände des ehemaligen Stadtschlosses. Dass der Landtag ein neues Gebäude braucht, ist unstrittig – der jetzige „Kreml" auf dem Brauhausberg ist kaum noch zumutbar. Aber Finanzminister Speer hat vorgerechnet, dass ein neuer Landtag fast 14 000 Quadratmeter Fläche braucht. Das historische Stadtschloss hat lediglich eine Fläche von 6 700 Quadratmetern. Darum sollten ursprünglich 5 Etagen (statt der historischen 4) in das Schloss eingebaut werden.

Das erregte den Widerstand der Schloss-Fanatiker. Hinzu kam eine Spende von Hasso Plattner. Der setzte dem Parlament die Pistole auf die Brust: 20 Millionen für den Neubau, aber nur bei originaler Fassade. Hasso Plattner will nämlich ein richtiges Schloss (mit 4 Etagen). Der Landtag hätte dankend ablehnen können – aber auch CDU und SPD wollen ein richtiges Schloss. Darum wird jetzt der Landtag auf eine Fläche in das Schloss gepfercht, die ihn in seiner Arbeit behindern werden. Aber wen stört das schon, wenn die Optik stimmt. Zum Original-Schloss fehlt dann übrigens noch etwas: Matthias Platzeck müsste Reiten lernen und Flöte spielen und die Abgeordneten trügen dann künftig Perücke und Barock-Kleider.

Pe(e)r Podcast
www.peer-juergens.de

Peer Jürgens, Erkner, Mitglied des Landtages Brandenburg

DIE LINKE im Amt Scharmützelsee verabschiedete Wahlprogramm

Bad Saarow als Kurort weiterentwickeln

Am 9. April haben die Linken der Bad Saarower Region nicht nur einen neuen Vorstand gewählt, sondern auch ihr Wahlprogramm für die Kommunal- und Bürgermeisterwahl am 28. September beschlossen.

Nächste wichtige Aufgabe des neuen Vorstands wird also die Organisierung der Kommunalwahlen sein. Längst schon laufen dazu Arbeiten auf allen Ebenen, unterziehen die Abgeordneten der LINKEN ihre Tätigkeit in den vergangenen Jahren einer kritischen Bewertung, wird mit potenziellen Kandidaten für die Gemeindevertretungen gesprochen, werden Wahlprogramme beraten.

Die gestellten Ziele – stärkste Fraktion zu werden und wieder die Bürgermeisterin zu stellen – sind ehrgeizig aber nicht unrealistisch.

Für den Ort

Im Mittelpunkt des Wahlprogramms steht die Weiterentwicklung Bad Saarows als Kurort, die Fortschreibung des Kurortentwicklungsplans unter Teilnahme von Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Kultur. Dazu gehört ein modernes Ortszentrum, günstige Verkehrsverhältnisse, ein Netz von Wanderwegen durch gepflegte Landschaften. Es muss gelingen, mehr Ordnung und Sauberkeit im Kurpark und im öffentlichen Raum, aber auch auf den privaten Liegenschaften zu erreichen. Große Aufmerksamkeit wird dem Umwelt- und Landschaftsschutz geschenkt – Bad Saarow muss ein Ort unter Bäumen bleiben!

Für die Gewerbetreibenden

Noch stärker in das Blickfeld der Arbeit der Gemeindevertretung soll die Bildungs- und Ausbildungs-, Beschäftigungs- und Einkommenssituation der Einwohner rücken. Günstige Bedingungen für die wirtschaftliche Tätigkeit und die Ansiedlung von Gewerbe müssen auch weiterhin mit der Einflussnahme auf den Erhalt und das Entstehen neuer Arbeitsplätze mit guten Löhnen verbunden sein. Wir sind für gesetzliche und darüber liegende tarifliche Mindestlöhne.

Für die Schule

Unverändert treten wir für den Erhalt der Bad Saarower Schule auch bei abnehmenden Schülerzahlen und für ein längeres gemeinsames Lernen ein. Wir werden nicht zulassen, dass weitere Bereiche der Daseinsvorsorge privatisiert, d.h., den Profitinteressen mit den bekannten negativen Folgen für die Bevölkerung untergeordnet werden.

Für die Vereine

Die Vereine, vor allem der Jugendclub und FSV Preußen, können auch weiterhin mit unserer Unterstützung rechnen. Die Bildung eines Jugendbeirats bei der Gemeindevertretung würde von uns unterstützt werden. Ein interessantes und vielseitiges geistig-kulturelles Leben im Ort und ein reger Gedankenaustausch durch Informationsveranstaltungen für Bürger und Gäste findet unsere volle Unterstützung.

Wir wünschen uns, dass man über Bad Saarow sagen kann:

- Bad Saarow – das ist mein Heimatort, hier lebe ich gern!
- Bad Saarow – das ist ein wunderschöner Kurort, hier fühle ich mich immer wieder wohl!
- Bad Saarow ist wirtschaftsfreundlich und innovativ – hierher verlege ich meinen Firmenstandort!

Für das Bürgermeisteramt

Gleichzeitig mit der Kommunalwahl sind die Bad Saarower Bürgerinnen und Bürger aufgerufen, die/den Bürgermeisterin/Bürgermeister zu wählen.

Gerlinde Stobrawa, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Landtag Brandenburg und dessen Vizepräsidentin, hat in den letzten 5 Jahren stets als Interessenvertreterin der Gemeinde und ihrer Bürgerschaft gehandelt und mit Umsicht und großem Engagement vieles für den Kurort bewirkt. Sie ist bereit, erneut für das Amt des ehrenamtlichen Bürgermeisters zu kandidieren und will, wenn sie gewählt wird, ihre Hauptanstrengungen auf drei Schwerpunkte richten – die weitere Konsolidierung des Gemeindehaushalts, die Gestaltung des Ortzentrums und die schwerpunktmäßige Entwicklung von Bad Saarow-Strand.

DIE LINKE. Amtsorganisation Scharmützelsee hat einstimmig ihrer Kandidatur zugestimmt und bittet die Einwohner von Bad Saarow: Geben auch Sie Frau Gerlinde Stobrawa Ihre Stimme !

Helga Pickart, Alt Gollm

„Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin ...“

Fest der Linken

Endlich! DIE LINKE macht ein Fest und alle sind eingeladen. Der beliebsteste Veranstaltungsort Berlins, die Kulturbrauerei Prenzlauer Berg, öffnet vom 13. bis 15. Juni 2008 seine Pforten, um die Besucherinnen und Besucher, die ohne Frage in großer Zahl kommen werden, mit einem vielseitigen Kulturprogramm, viel einheimischer Prominenz und interessanten Gästen aus dem Ausland anspruchsvoll zu unterhalten.

Die Tageszeitung „Neues Deutschland“ feiert mit „ND-Live“ ihr 50. Pressefest und der 80. Geburtstag von Che Guevara wird mit einem Konzert von Ojos de Brujo (Barcelona) u. a. Bands begangen.

Der Sonntag gehört den Kindern und Familien. Ulf und Zwulf werden kommen, und viele Überraschungen sind in der Planung. *www.fest-der-linken.de*

Bärbel Stiller

Langewahl
Lehrerin

Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag LOS, Mitglied im Jugendhilfeausschuss und im Ausschuss für Ordnung, Recht und Landwirtschaft

Kontakt:
baerbel.stiller@t-online.de

Bärbel Stiller, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Will gern noch einmal kandidieren

Als ich vor fast fünf Jahren – in den Herbstferien 2003 - mit Gerold Sachse aus Fürstenwalde in den Ämtern Odervorland und Steinhöfel Plakate anbrachte, hatte ich mir viel vorgenommen. Auch privat waren Veränderungen angekündigt – mein erstes Enkelchen war unterwegs. Beim Verteilen von Wahlkampfmaterial half mir mit viel Elan mein damals 17-jähriger Sohn. Wir beide ahnten zu dieser Zeit nicht, dass er mit seinem Abitur auch die „Familienreife“ erlangen und mir 2005 die zweite Enkelin bescheren würde.

Jugendhilfe unverzichtbar

Insofern habe ich als Mitglied und inzwischen Vizevorsitzende des Jugendhilfeausschusses des Kreises eine ganz neue und fast Betroffenen-Sicht auf die Kitaproblematik. Auch andere Themen in diesem Ausschuss und selbst den Rettungsdienst, den ich im betreffenden Werksausschuss begleite, sehe ich heute mit anderen Augen. 2003 war ich Lehrerin in Neu Zittau – einem bedrohten und inzwischen abgewickelten Schulstandort. Das bestimmte meine Themen – Schulen, Schülerbeförderung, Turnhallen… allerdings vertrat mein Mann diese Themen traditionell im entsprechenden Ausschuss. Jugendhilfe – das bedeutete in den letzten Jahren Kampf um den Erhalt funktionierender Angebote. Dabei musste das neue Modewort „Sozialraumorientierung“ nicht nur verstanden, sondern in seinen Chancen erkannt werden. Denn auch in diesem Fall war es so, dass wir Abgeordneten mit unausgegorenen Konzeptionen verblüfft werden sollten. Schlagworte, die unverstanden erstmal benutzt wurden, vor allem um Gelder einzusparen. Inzwischen ist es in Ansätzen gelungen, diesem Ansinnen der Verwaltung Widerstand entgegenzusetzen.

Auch in der nächsten Wahlperiode muss es im Bereich der Jugendhilfe darum gehen, Kinder und Jugendliche effektiv zu schützen, sie zu fördern und ihnen zu ermöglichen, einen eigenen, für sie akzeptablen Weg zu finden. Dabei sind Familien zu unterstützen, Vereine, Schulen, Kirchen … einzubeziehen – die Kosten sind planbar, hier muss man nicht sparen! Kinder- und Jugendarbeit ist unverzichtbar und muss personell und finanziell abgesichert werden, besonders dort können Jugendliche Erfahrungen sammeln, die ihnen helfen, sich in einer demokratischen Gesellschaft zu engagieren.

Fremdes ist nichts bedrohliches

Damit bin ich bei einem weiteren Schwerpunkt meiner bisherigen und auch zukünftigen Arbeit – ob im Kreistag oder außerhalb: für Toleranz und weltweit gemeinsames Handeln für die Lösung der Menschheitsprobleme, gegen Rassismus, Nationalismus und Rechtsextremismus, gegen Menschenverachtung und für die Menschenrechte – kein Platz für Nazis, nirgends!

Fremdes ist nichts Bedrohliches, es ist eine Chance – seien wir wieder neugierig darauf! Gut – Knoblauch riecht lange nach, aber er schmeckt doch auch, oder?

CO_2-Verursacher sind vor allem die großen Nationen (mit vielen Menschen), aber prozentual sind wir die größeren Sünder, da wir pro Kopf viel mehr produzieren. Wir können uns nicht hinstellen und mit dem Finger auf Indien zeigen – wir alle müssen heute anfangen, unser Leben umzustellen.

Mein Sohn hat bei Pneumant statt Wehrdienst ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert. Mein Mann war lange Jahre in der NVA. Wozu man heute die Bundeswehr braucht, erschließt sich mir nicht. Ich könnte damit leben, wenn Deutschland international militärisch keine Rolle spielen würde.

Ich bin nicht stolz darauf, Deutsche zu sein. Vielleicht bin ich stolz darauf, Ossi zu sein, weil das auch bedeutet, mit dem Mangel leben, aus Sch… Bonbon machen und fast alles selbst reparieren zu können. Ansonsten können Russen besser singen, Franzosen besser trinken, Griechen besser tanzen, Chinesen besser turnen, „Afrikaner“ besser laufen und Amerikaner besser Englisch als ich.

Aber ich kann vielleicht zuhören und dabei helfen, dass Leute lernen, sich selbst zu helfen. Wenn ich im Kreistag dafür die Rahmenbedingungen schaffen kann, dann will ich das gern tun. Schon für Line (4 Jahre) und Vivian (2 Jahre).

Dr. Bernd Stiller

→

Bernd Stiller, Mitglied der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree

Stellt sich erneut zur Wahl

Erneut sind 5 Jahre vorbei, im Kommunalwahltakt, aber auch im persönlichen Leben. Nach meinem Start als Nachrücker im Kreistag Fürstenwalde sind inzwischen 17 Jahre vergangen. Darf man noch einmal? Oder sind 53 Jahre das beste Kommunalpolitiker-Alter?

Genug dieser Fragen. Die Wählerinnen und Wähler sollen es entscheiden, falls die LINKE mich als Kandidat im Wahlkreis Beeskow/Scharmützelsee ein weiteres Mal aufstellt.

„Aufreger“ Petitionsrecht

Arbeit gibt es genug. Bei fast allen kommunalpolitischen Themen hat sich seit 1990 nichts geändert, natürlich sind einige Straßen grundhaft erneuert, es gibt neue Turnhallen, die Burg Beeskow ist im halbwegs stabilen Fahrwasser, Windräder erzeugen sauberen Strom. Es ist nicht alles schlecht in Oder-Spree. Wir werden aber nicht für Festreden gewählt, sondern für Veränderung und ein Stückchen Lebensqualität in diesem Landstrich. Und da ist vieles nicht in Ordnung, es fängt schon beim Petitionsrecht an, der für mich aktuellste „Aufreger“ im Kreistag. Es ist festgelegt, dass einmal im Jahr die Kreistagsvorsitzende den

→

Kreistag über Inhalte der Petitionen und die eingeleiteten Maßnahmen unterrichtet. Das hat aber noch nie stattgefunden. Die von mir im letzten Jahr aufgestellte Forderung, dies nun endlich zu tun, hatte zur Folge, dass der Kreistag jetzt zweimal hintereinander lediglich die Nichtbehandlung von Petitionen bestätigen sollte. Bürger, die sich in ihrer Not an den Kreistag wenden, werden regelrecht abgebügelt. Da würde sich selbst Franz J. Strauß im Grabe umdrehen. Bekanntlich hat Bayern eine recht positive Einstellung zu Petitionen, von der der Oder-Spree-Kreis meilenweit entfernt ist.

Hilft Polizei beim Abwasserstreit?

In diesem Zusammenhang möchte ich etwas zum Abwasserstreit in Rauen und anderswo sagen. Ich persönlich war glücklich, als 1996 in meinem Wohnort die zentrale Abwasserentsorgung eingeführt wurde, der so genannte „Anschlusszwang" war für mich kein Problem. Und so geht es doch 99 Prozent oder vielleicht sogar 99,9 Prozent aller Grundstücksbesitzer und Mieter. Wenn aber jemand als „Ökofreak" oder aus anderen Gründen eine genehmigte Kleinkläranlage hat, muss da wirklich die Polizei auffahren? Ich habe mich z. B. in Rauen umgesehen, die Zahlen zur Wasserbilanz auf dem Grundstück Plenzke waren nachvollziehbar, entsprechende Aussagen des Abwasserverbandes eher nicht.

Gut, für Bürgerrechte kämpfend muss man nicht unbedingt in der LINKEN sein. Oder doch?

Über Schulstandorte und Haushaltslöscher

Hier hat man es jedenfalls wesentlich leichter. Unterstützung hatte ich immer in der Fraktion, wenn es um die Schul- und Bildungsfragen ging. „Bildung als Zukunftsaufgabe", davon reden alle Parteien in Sonntagsreden, wenn es dann aber im Landkreis um die Schulstandorte geht, um die kostenlose Schülerbeförderung, reden andere Parteien von Haushaltslöchern. Das haben unsere Kinder, Enkelinnen und Enkel nicht verdient!

Ja, wo soll aber das Geld herkommen? Ich gehöre zu denen, die da meinen, wir brauchen nicht unbedingt völlig neu angelegte Straßen durch unzerschnittene Waldgebiete.

Was nützen sanierte oder neue Kreisstraßen, wenn manch Landesstraße im jämmerlichen Zustand bleibt? Was nützen Radfahrwege, die nicht gepflegt und rechtzeitig instand gesetzt werden? Da ist im Landkreis – auch wenn man überfraktionell gegen Potsdamer Sparvorgaben stehen muss - noch einiges zu diskutieren. Im Übrigen hilft die neue Art der Haushaltsführung, die so genannte Doppik, hier nicht weiter. Der von der Bertelsmann Stiftung gepuschte Neoliberalismus im Gemeindehaushaltsrecht führte hier in Oder-Spree dazu, dass im Haushaltsplan jetzt alle Schulen das „Allgemeine Ziel" festhalten: „Sicherung des Schulbetriebes unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten". Da erfährt der Abgeordnete aber nicht, wie viel Geld für Schulbücher zur Verfügung steht. Solch ein Haushaltsplan wird nie meine Zustimmung erfahren. Versprochen!

Langewahl
Dipl.-Meteorologe

Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Kreistag LOS, Mitglied im Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport

Gemeindevertreter in Langewahl

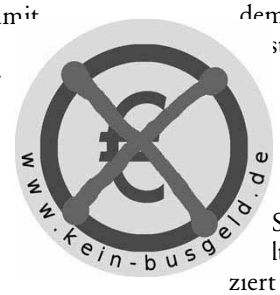
Mitglied Volkshochschulbeirat und Beirat Busverkehrsgesellschaft BOS

Kontakt:
drstiller@
t-online.de

Wer bezahlt die Schülerbeförderung im Landkreis Oder-Spree?

Ein Lehrstück politischer Doppelzüngigkeit

Im Jahre 2003 zwang die Landtagskoalition von SPD und CDU auch den Landkreis Oder-Spree zur Einführung von Gebühren für die Schülerbeförderung. Damit sollte der Landkreis für „gestrichene Landesmittel entschädigt" werden.



Ursprünglich wollte die Kreisverwaltung dann rund 1,8 Millionen Euro jährlich von Eltern, Schülern und Auszubildenden haben. Das Verfahren zur Behandlung dieser Satzung im Kreistag war recht dubios. So entschied der Kreistag über einen Satzungsentwurf , der vorher in keinem Ausschuss des Kreistages beraten worden war. Noch während der Sitzung des Kreistages kursierten mehrere abweichende Fassungen, was die Abgeordneten der damaligen PDS-Fraktion letztlich zu einer Klage gegen das Verfahren bewog. Die Auseinandersetzung zog sich bis in das Jahr 2008.

Ein wesentlicher Streitpunkt war bereits 2003 die Weigerung der Verwaltung, die von der Landesregierung erzwungenen Gebühren nach dem Einkommen sozial zu staffeln.

Nach heftigen Auseinandersetzungen konnten die von der Verwaltung geforderten Belastungen für Schüler/Auszubildende/ltern damals noch reduziert werden. Heute stehen nicht die ursprünglich geplanten 1,8 Millionen Euro sondern „nur" 700 000 Millionen Euro im Haushalt. Die heftigen Auseinandersetzungen, das Engagement und der Druck Vieler hatten damit zu einem durchaus messbaren Ergebnis geführt.

Mit Blick auf die soziale Situation vieler Familien im Landkreis zögerte ich jedoch schon 2003, dies als Erfolg zu bewerten. Schließlich hatte hier wieder ein deutlicher Schritt der Umverteilung von unten nach oben, ein Beitrag zur sozialen Grausamkeit stattgefunden.

Jetzt – wenige Monate vor neuerlichen Kommunalwahlen – griff die SPD/CDU-Koalition des Landtages das von ihr im Jahr 2003 angerichtete Dilemma wieder auf.

Sie erlaubt den Landkreisen vielmehr, nun die Eltern aus der Pflicht zu lassen und die Kosten selber zu tragen. Inwieweit SPD und CDU daran denken, das den Kreisen 2003 weggenommene Geld wieder zu geben, bleibt mindestens unklar. So gesehen leisten sich diese Parteien die Vorbereitung des Kommunalwahlkampfes auf fremde Kosten.

Aber unabhängig von diesem unsauberen Spiel der das Land Brandenburg regierenden Koalition: Die Kreise dürfen jetzt – so sie es politisch wollen – wieder auf die Elternbeiträge verzichten. Die Fraktion der LINKEN hat deshalb sofort diesen Antrag eingebracht (siehe „WIDERSPRUCH" 4/2008). Wir sahen uns für diesen Antrag →

„Die Erfahrungen der vergangenen Jahre haben gezeigt, dass es notwendig ist, die rechtlichen Voraussetzungen für die Schülerbeförderung zu novellieren. Die Koalitionsfraktionen werden deshalb die im Landtag zur Beratung vorliegende Volksinitiative anerkennen. Damit wird für die Kreise und kreisfreien Städte die Pflicht entfallen, Elternbeiträge zur Schülerbeförderung zu erheben. Zusätzlich soll das Schulgesetz – für den Fall dass Gebühren erhoben werden – um eine pflichtige Sozialstaffellung ergänzt werden. Das Land stellt den Kreisen Geld nach Maßgabe des Haushaltes zur Verfügung. Für 2009 sind 4 Millionen →

Euro vorgesehen. Auf diesem Weg werden gering verdienende Familien entlastet."

aus dem Maßnahmepaket „Familie, Bildung und Mobilität", Beschluss des Koalitionsausschusses von SPD und CDU vom 14. März 2008

Am 9. April 2008 wurden auf der 65. Sitzung des Landtages Brandenburg die Forderungen der Volksinitiative anerkannt und das Vierte Gesetz zur Änderung des Brandenburgischen Schulgesetzes beschlossen.

auch deshalb berechtigt, weil der Kreishaushalt im Bereich Schulen eine Einsparung von 1,3 Millionen Euro gegenüber dem 2007 ausweist.

Noch am Tag vor die Sitzung hatte die „MOZ" berichtet, auch die CDU im Landkreis sei für den kostenlosen Schulbus. Da erschien mir der Antrag nicht ganz aussichtslos. Immerhin stand da zu lesen: *„Die Kreis-CDU will sich für die Abschaffung der Elternanteile für die Schülerbeförderung stark machen. Das hat der Kreisvorsitzende der Christdemokraten, Rolf Hilke, in einem Schreiben betont. Zuvor hatte sich das Wahlkampfteam der CDU in LOS zu seiner ersten Sitzung getroffen und den organisatorischen Ablauf des Wahlkampfes geplant."*

Aber wir wurden enttäuscht. Die Kreistagsabgeordneten der CDU stimmten ausnahmslos gegen unseren Antrag. Eine klarere Demaskierung der Äußerungen aus SPD und CDU als bloße Wahlkampfdemagogie für Menschen mit schlechtem Gedächtnis erscheint kaum noch denkbar.

Hier soll also an der schlechten Politik des Jahres 2003 festgehalten werden. Damals musste ich zum ersten Entwurf Kreisverwaltung für die Schülerbeförderungssatzung feststellen:

„Diese Satzung stellt eine Zusammenfassung aller sozialen Grausamkeiten der bereits in anderen Landkreisen beschlossenen Satzungen zur Schülerbeförderung dar."

So wie es aussieht, will die Kreisverwaltung und die Mehrheit des Kreistages an dieser verhängnisvollen Politik festhalten. Der Landrat begründet diese Position mit der Rabulistik eines Bürokraten: So lange ihm das Land nicht die ausfallenden Einnahmen ersetzt, ist er nicht bereit sich in dieser Frage zu bewegen. Seine berechtigte Abneigung gegen die zynische Landespolitik trägt er mit dieser Position auf dem Rücken der Schüler und Eltern aus.

Wie es auch anders geht, berichtete die „MOZ" über den Landrat von Barnim. *„Wir werden unsere alte, kostenfreie Regelung wieder einsetzen, schließlich hatte uns erst das Land gezwungen, die Bürger zu belasten', sagte Barnim-Landrat Bodo Ihrke (SPD). Schon beim nächsten Kreistag am 23. April wolle Ihrke die Regelung vorschlagen, die mit Beginn des Schuljahres 2008/09 gelten soll."*

In Oder-Spree jedenfalls werden wir dafür sorgen, dass die Angelegenheit auf der Tagesordnung bleibt. Auch und gerade vor den Kommunalwahlen werden wir nicht zulassen, das die Schuldigen am Dilemma aus dem Problem politisches Kapital schlagen.

Die Hauptsache aber bleibt: Die Gebühren müssen so schnell wie möglich weg.

Dr. Artur Pech, Schöneiche, DIE LINKE. im Kreistag Oder-Spree

Feldfrüchte

Sinnend geh ich durch den Garten,
still gedeiht er hinterm Haus;
Suppenkräuter, hundert Arten,
Bauernblumen, bunter Strauß.
Petersilie und Tomaten,
eine Bohnengalerie,
ganz besonders ist geraten
der beliebte Sellerie.
Ja, und hier – ? Ein kleines Wieschen?
Da wächst in der Erde leis
das bescheidene Radieschen:
außen, rot und innen weiß.

Sinnend geh ich durch den Garten
unsrer deutschen Politik;
Suppenkohl in allen Arten
im Kompost der Republik.
Bonzen, Brillen, Gehberockte,
Parlamentsroutinendreh …
Ja, und hier – ? Die ganz verbockte
liebe gute SPD.
Hermann Müller, Hilferlieschen
blühn so harmlos, doof und leis
wie bescheidene Radieschen:
außen rot und innen weiß.

Kurt Tucholsky, 1926

Über den Wert sozialdemokratischer Traditionen

Wer kennt den Seeheimer Kreis?

Er ist neben der Parlamentarischen Linken und dem Netzwerk Berlin eine der drei politischen Strömungen innerhalb der SPD-Bundestagsfraktion. Jörg Vogelsänger (direkt gewählter Bundestagsabgeordneter unseres Landkreises und Kreistagsabgeordneter) ist Mitglied im Leitungskreis der Seeheimer, einem geschlossenen Gremium der Abgeordneten der SPD, das die Presse gern als „rechten Flügel" beschreibt. Der erlauchte Kreis lädt regelmäßig dienstags in den Sitzungswochen alle Mitglieder der SPD-Fraktion zu einem Seeheim-Mittagstisch ein. Dieser dient der Vorbereitung der Fraktionssitzung und als Forum der politischen Meinungsbildung der Parlamentarier. Mitglieder der Bundesregierung informieren regelmäßig als Gäste über aktuelle politische Vorgänge und diskutieren mit den Teilnehmern des Mittagstisches. Darüber hinaus gibt es Tagungen, Themenabende und während der Spargelzeit Dampferausflüge auf den Berliner Gewässern. Was dort besprochen wird, lässt sich erahnen, denn auf der Internetseite des Seeheimer Kreises ist zu lesen:

„Als große Volkspartei hat die SPD in ihrer langen Tradition stets für soziale Verbesserungen gerade für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen gekämpft. Damit diese sozialen Errungenschaften aber bestehen bleiben können, gilt es jetzt, das Wenige an die zu verteilen, die wirklich bedürftig sind und der Solidarität der Gesellschaft bedürfen. Es stellt sich für die SPD jetzt nicht mehr die Frage, was verteilen wir wie, sondern wie viel können wir noch verteilen. Mit anderen Worten, die SPD muss einen Paradigmenwechsel vollziehen. Was bisher als sozial gerecht identifiziert wurde, lässt sich heute nicht mehr finanzieren und dieses notwendige Umdenken fällt vielen unserer Genossinnen und Genossen noch schwer.

Wir Seeheimer sind dazu bereit.

Denn was früher sozial gerecht war, lässt sich heute nicht mehr bezahlen. Globalisierung, Arbeitslosigkeit und eine immer älter werdende Gesellschaft bestimmten unsere Lebenswirklichkeit in Deutschland. Sich dogmatisch an sozialdemokratische Traditionen zu klammern, hilft bei der Lösung der wirtschaftlichen und sozialen Probleme nicht weiter, das haben die Seeheimer schon früh erkannt. Um den Wirtschaftsstandort Deutschland wieder zu einem Synonym für Wirtschaftswachstum und Vollbeschäftigung zu machen, müssen neue Wege beschritten werden."

Wird damit das Hamburger SPD-Parteiprogramm vom Oktober 2007 zu einem trojanischen Pferd? Hier ist nämlich zu lesen: „Wir bestehen auf dem Primat demokratischer Politik und widersprechen der Unterwerfung des Politischen unter das Ökonomische. Politik muss dafür sorgen, dass nicht zur bloßen Ware wird, was nicht zur Ware werden darf: Recht, Sicherheit, Bildung, Gesundheit, Kultur, natürliche Umwelt."

Es gibt kein trojanisches Pferd, das erfolgreich wäre ohne trojanische Esel. (Andre Brie)

Elvira Strauß, Erkner

Für bessere Musikschulen!

Es war ein großer Erfolg, als im Dezember 2000 beispielgebend für andere Bundesländer die Belange der Musikschulen in einem gesonderten Gesetz des Landes Brandenburg geregelt wurden. Dieses Gesetz hat sich im Großen und Ganzen bewährt. Trotzdem gab es immer wieder den Wunsch, an einer weiteren Verbesserung des Gesetzes zu arbeiten und gegebenenfalls zu novellieren. Insbesondere sind die festgelegten Qualitätsstandards noch nicht optimal. Auch konnte das Gesetz leider nicht die Tendenz zum Abbau hauptamtlicher Stellen verhindern, so dass im Rahmen des jetzigen Gesetzes die Qualität der Musikschulen nicht gesichert ist.

Daher hat DIE LINKE eine Änderung des Brandenburgischen Musikschulgesetzes auf den Weg gebracht *(Drucksache 4/6158)*. Ziel soll es sein, den gewachsenen Anforderungen der Musikschulen gerecht zu werden und vor allem die in der Praxis bewährten Qualitätsstandards festzuschreiben und an neue Bedingungen anzupassen. Besonders wichtig ist die Sicherung eines Mindestanteils von fest angestelltem Personal, durch welches auch zukünftig die musikalische Früherziehung und Grundausbildung, Einzel- und Gruppenunterricht in allen Stufen sowie in Ensemble- und Ergänzungsfächern angeboten werden kann. Vor allem die Talentförderung, die bei Honorarkräften gar nicht oder nur ungenau abgerechnet werden kann, ist eine der wichtigsten Säulen zur Qualitätssicherung der anerkannten Musikschulen im Land Brandenburg. Gleichzeitig soll aber die Arbeit der Honorarkräfte aufgewertet werden, indem sie nicht nur „Stundengeber" sind, sondern mehr Möglichkeiten erhalten, musikpädagogische Aufgaben in den Musikschulen zu erfüllen. Das Honorar soll bei gleicher Qualifikation dem Stundenverdienst der Festangestellten angeglichen werden. Da es sich in der Praxis einzelner Musikschulen bewährt hat, wenn auch Unterricht in darstellender und bildender Kunst angeboten wird, soll das Gesetz hier erweitert werden.

Insgesamt kann durch unseren Gesetzentwurf die Arbeit der Musikschulen gesichert und qualitativ aufgewertet werden. Denn auch kulturelle Bildung ist lebenswichtige Bildung.

Peer Jürgens, Erkner, MdL

weitere Infos unter:
www.parldok.brandenburg.de/parladoku/w4/drs/ab_6100/6158.pdf

Schüler, Schüler, du musst wandern?!

Aktuelles Plakat aus dem Landtagswahlkampf 2005

Es war der bewusste Wille der Koalition von SPD und CDU: Schulen, die über zu wenig Schülerinnen und Schüler verfügten, sollten geschlossen werden. Genau so wurde es mit ihrer Mehrheit im Dezember 2007 abgestimmt – gegen die Warnung von Kommunen, der GEW, der LINKEN.

Bereits wenige Monate nach diesem Beschluss haben CDU und SPD festgestellt, was für einen Blödsinn sie da verzapft haben. Immerhin ist das ja schon mal eine Leistung. Kurz vor den Kommunalwahlen muss die Koalition jetzt jedenfalls feststellen, dass viele Gemeinden und viele Bürgerinnen und Bürger gegen die Zwangsschließung ihrer Schule protestierten. Das ließ die Koalitionäre umdenken – bei vielen Vor-Ort-Veranstaltungen versprach der Minister Rupprecht eine Ausnahmegenehmigung für den Erhalt der Schule (so geschehen z. B. in Kremmen, Dahme und Gartz), obwohl er noch wenige Wochen davor jede Ausnahmegenehmigung abgelehnt hat.

Diese Ausnahmen wären unnötig, wenn SPD und CDU einmal in den letzten Jahren den Anträgen der LINKEN zugestimmt hätten. Wir wollen kleinere Klassen, mehr Lehrpersonal, kürzere Schulwege – eigentlich alles Dinge, die zumindest die SPD auch will. Aber alle unsere Anträge wurden abgelehnt, es war keine Verbesserung der Schulsituation gewünscht.

Diese Politik hat bereits erhebliche Konsequenzen. Seit zwei Jahren mussten rund 150 Schulen ihre Türen dicht machen. Zu leiden haben dabei vor allem die Schülerinnen und Schüler, deren Fahrweg sich immer mehr verlängert. Aber auch das Leben in einer Gemeinde leidet, wenn es keine Schule mehr gibt. Auch gibt es aus pädagogischer Sicht keine sinnvolle Begründung, warum es in einer Schule zwingend eine Zweizügigkeit geben muss (so jedenfalls argumentiert der Minister bisher).

Um die Zusagen von Herrn Rupprecht auch mit einem ordentlichen Beschluss im Landtag zu unterstreichen, hat die Fraktion DIE LINKE. einen entsprechenden Antrag eingebracht (Drs. 4/5965). Wir wollten die Landesregierung ermächtigen, Ausnahmegenehmigungen für die Eröffnung von Klassen kleiner als 15 Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen. Selbstverständlich wurde unser Antrag abgelehnt. Aber immerhin hat die Koalition in einem Entschließungsantrag (Drs. 4/6136) beschlossen, in dem Klassen mit 12 Schülerinnen und Schülern in „dünn besiedelten Regionen" erlaubt werden. Ein kleiner Schritt auf Druck der LINKEN.

Aber dennoch ist die Situation für viele junge Menschen noch unerträglich – zwei bis drei Stunden tägliche Fahrzeit zur Schule keine Seltenheit. Darum wird sie DIE LINKE weiterhin für den Erhalt von Schulen und damit für kurze Schulwege einsetzen. Zum Wohle unserer Kinder.

Peer Jürgens, Erkner, MdL

„V. Strategische Handlungsfelder für nachhaltige Entwicklung

Für ein engmaschiges Netz an schulischen Angeboten am Wohnort

Die demographischen Veränderungen im Lande bedeuten auch für Brandenburgs Bildungspolitik eine Herausforderung. In einigen Regionen sinken die Schülerzahlen ganz dramatisch, im Speckgürtel um Berlin müssen neue Schulen gebaut werden. Diese regionalen Diskrepanzen erfordern unterschiedliche Konzepte für unterschiedliche Bedingungen, von verdichteten Bildungsangeboten in den Ballungsräumen bis zu Kleinstschulen und dezentralisierten Schulformen in ländlichen Gebieten. In jedem Falle gilt es, die schulische Grundversorgung zu sichern, und dies im ganzen Lande. Zumindest für die ersten Schuljahre sollte ein möglichst engmaschiges wohnortnahes Netz an Angeboten erhalten bleiben. Das erfordert innovative und unkonventionelle Antworten. Für die höheren Klassenstufen mit ausdifferenziertem Fächerkanon wird eine Konzentration der Schulangebote an zentralen Orten unausweichlich. Dies ist Aufgabe der interkommunalen Kooperation."

Vollständiger Inhalt unter: **www.dialog-fuer-brandenburg.de**

Aus einem Memorandum

Die in Frankreich wirkenden Organisationen ehemaliger Widerstandskämpfer und Deportierten fordern die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung, den Bundestag auf, die Gedenkstättenkonzeption vom 22. Juni 2007 zurückzunehmen. Es heißt dort u. a.:

… In diesem Dokument gibt es … bezüglich der Gedenkpolitik eine gemeinsame parallele Herangehensweise an die beiden Diktaturen.

… Das Gedenken an beide Epochen ist verschieden und erfordert eine separate Herangehensweise. Um jede Gleichstellung der Gedenkformen zu vermeiden, dürfen sie nicht in einem einheitlichen Gesetzestext behandelt werden.

… Ganz besonders inakzeptabel, beleidigend und sogar provozierend ist es, ehemalige Nazi-Henker, die nach dem Krieg in das Netz kommunistischer Repression geraten sind, im Namen der Erinnerung an beide Diktaturen an einigen Orten mit der entsprechenden gemeinsamen Vergangenheit neben Deportierten und Häftlingen zu nennen, die unter der Nazi-Herrschaft deren Opfer waren.

Internationale Jugendbegegnung in Buchenwald und Mittelbau-Dora

Gedenken an die Selbstbefreiung

Während der Abschlusskundgebung vor dem Glockenturm am 13. April *Fotos: Peter Hochmuth*

Aus Anlass des 63. Jahrestages der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald in Weimar folgten unter dem Motto „Europäische Jugend auf den Gleisen der Demokratie und der Freiheit" etwa tausend Jugendliche aus mehr als zwanzig europäischen Ländern dem Ruf des „Institute des Véterans" (Belgien) und der „Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten" zu einem internationalen Treffen vom 10. bis 13. April 2008.

Höhepunkt des Jugendtreffens waren der Gedenkgang der Jugend von Weimar nach Buchenwald, der an der Rampe von Buchenwald endete, wo die Teilnehmer von Überlebenden des KZ Buchenwal begrüßt wurden, die symbolisch die historische Stafette an eine junge Antifaschistin übergaben.

Beim Gedenken des Internationalen Komitees Buchenwald-Dora und Kommandos auf dem Appellplatz und bei der abschließenden Kundgebung am Glockenturm waren über 1000 Menschen Zeugen des politischen Versprechens, das Jugendliche in vierzehn Sprachen den Überlebenden der Konzentrationslager gaben, deren Vermächtnis wach zu halten.

Unüberhörbar die Forderung von Bertrand Herz, Präsident des IKBD, von Guy Ducoloné, Vizepräsident, die sie im Namen der Überlebenden des KZ Buchenwald aus allen von Nazi-Wehrmacht und SS besetzten Ländern Europas an die Bundesregierung erhoben.

Die Gedenkstättenkonzeption des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien vom 22. Juni 2007 muss zurückgezogen werden. Sie betonten die Unzulässigkeit die Geschichte des nationalsozialistischen Terrorregimes und der DDR in einem Atemzug in Parallelität zu setzen.

Michel Vanderborght, Präsident der Internationalen Vereinigung der Widerstandskämpfer (FIR) erklärte: *„Dies war ein großartiges Zeichen der Verbundenheit von Antifaschisten aller Generationen. Und die KZ-Gedenkstätte Buchenwald war genau der richtige Ort, an dem dies dokumentiert werden konnte."*

Gh / Ph

Aus der Ansprache von Bertrand Herz (Präsident des Internationalen Komitees Buchenwald, Dora und Kommandos) am 13. April 2008 auf dem ehemaligen Appellplatz des KZ Buchenwald

… Die Gedenkveranstaltungen dienen dazu, das Gedenken an die nazistischen Verbrechen dauerhaft zu erhalten, aber sie reichen nicht aus, um dieses Andenken zu schützen. Es gibt gegenwärtig, besonders in Deutschland, Versuche, es herunterzuspielen und mit der Erinnerung an alle Diktaturen zu vermischen. Niemand hat das Recht, ein Land daran zu hindern, sich mit seiner eigenen Geschichte auseinanderzusetzen, so wie Deutschland dies mit der Zeit nach 1945 tut. Aber die Erinnerung an die Verbrechen des Nazismus ist etwas Anderes. Es handelt sich hierbei um eine internationale Erinnerung. Es ist die Erinnerung an eine kriminelle Ideologie, wie sie die Welt nie zuvor gekannt hatte, an den nationalsozialistischen Staat, der sich in einem voll verantwortlichen Deutschland entwickelt und versucht hat, die Welt zwischen 1933 und 1945 zu unterjochen … Die nazistischen Lager in Deutschland sind Stätten des internationalen Gedenkens. Die Überlebenden aller Nationen können nicht zulassen, dass der Charakter dieser Lager, Orte entfesselter nazistischer Barbarei, abgeschwächt wird, indem er mit der Nutzung nach 1945 vermischt wird. Gegen eine derartige Vermischung hat sich der Häftlingsbeirat von Buchenwald im November letzten Jahres feierlich ausgesprochen.

Wenn wir nicht mehr da sind, müssen die kommenden Generationen dieses Andenken bewahren … Wichtig ist dabei nicht in erster Linie, an unsere Leiden zu erinnern, sondern das Bürgerbewußtsein dafür zu schärfen, welche Ursachen zu dieser Ideologie des Todes geführt haben. Wir müssen gegen das Wiedererstarken der Keime von Hass und Gewalt in Europa kämpfen, die eine Wiederbelebung des Faschismus und Nazismus in sich tragen können: wie die Entwicklung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, die Vermischung oder sogar Verleugnung der Massenvernichtung, eine Politik der Ausgrenzung von Minderheiten, Gewaltanwendung gegen Einzelne oder Gemeinschaften.

Deshalb ist es mir ein besonderes Bedürfnis, die hier anwesenden 1000 Jugendlichen aus 16 Nationen zu begrüßen, die mit Hilfe des belgischen Instituts für Kriegsveteranen und der FIR (Internationale Föderation der Widerstandskämpfer) gekommen sind, um ihren Willen zu bekunden, das Andenken an die Verbrechen des Nazismus für immer zu bewahren und gegen jedes Aufkeimen dieser Ideologie zu kämpfen. Vielen Dank euch allen. Wir brauchen euch.

Olympische Spiele – kein Knebel gegen die Volksrepublik China

Krieg ist Barbarei und kein Menschenrecht

Im Jahr 2008 bereiten sich die Sportler der Welt auf die olympischen Sommerspiele in Peking vor und die Volksrepublik China investiert viel Kraft in dieses Großereignis. Nach der jüngsten Entwicklung zu urteilen, sind weniger Wohlmeinende zu dem Schluss gekommen, China sei damit erpressbar. Beispiele aus der Vergangenheit sind bekannt: Die USA und ihre treuesten Verbündeten boykottierten die Spiele in Moskau. Die UdSSR revanchierte sich bei den Spielen in Los Angeles. Beide Aktionen haben viele Sportler um die Früchte harten Trainings gebracht. Darüber hinaus gehende Wirkungen auf die Politik der UdSSR oder der USA im Sinne der jeweiligen Boykotteure sind mir nicht erinnerlich.

Und jetzt also China. Mit breiter Medienpublizität wird versucht, die Regierung dieses Landes zu einer Veränderung ihrer Innenpolitik zu zwingen. Die diskutierten Mittel reichen vom Fernbleiben von der Eröffnungsfeier bis zum vollständigen Boykott der Spiele.

Und ausgerechnet im „Neuen Deutschland" gibt ein Professor von der Universität der Bundeswehr in München ein viel weiterreichendes Stichwort. Er fordert: „Menschenrechte schützen – notfalls auch mit Waffen". Und er fragt: *„Was ist, wenn es auf dem Dach der Welt zu einem Genozid käme und der Sicherheitsrat durch ein (sicher zu erwartendes) Veto handlungsunfähig wäre? Schließt dies in jedem Fall eine Intervention mit militärischen Mitteln durch handlungswillige und -fähige Staaten aus?"* Und er antwortet: *„Hier darf man keine pauschale Antwort geben … Die völkerrechtliche Lage ist unsicher und eine Interpretation der Chartabestimmungen, die im äußersten Fall auch ein einseitiges militärisches Eingreifen ermöglicht, scheint möglich."* (Prof. Dr. Daniel-Erasmus Khah, Menschenrechte schützen – notfalls auch mit Waffen. „Neues Deutschland", 11. 4. 2008, S. 11.)

Bei entsprechendem Willen ist jede Interpretation möglich. Zu denken ist da unter anderem an den Auschwitz-Vergleich, mit dem ein deutscher Außenminister den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien rechtfertigte.

Vor dem Hintergrund derartiger Erfahrungen ist nicht auszuschließen, dass Professoren aus „handlungswilligen und -fähigen Staaten" einer neuen „Koalition der Willigen" einen Völkermord auf dem geographisch noch viel weiter entfernt liegenden Dach der Welt so lange behaupten, bis der Krieg entfesselt ist.

Nur: Die Volksrepublik China ist nicht Jugoslawien. Herr Prof. Dr. Daniel-Erasmus Kahn von der Universität der Bundeswehr aus München spekuliert hier im Namen der Menschenrechte über einen Krieg gegen die seit Jahrzehnten zu den Atommächten zählenden Volksrepublik China. Und da stellt sich schon die Frage, welche Menschenrechte hier mit einem Atomkrieg durchgesetzt werden sollen. Oder werden an der Universität der Bundeswehr schon wieder die Spiele des kalten Krieges gespielt, nach denen die eigenen Atomwaffen durch bloße „glaubwürdige" Drohung alles bewirken, die der „anderen Seite" aber im Köcher bleiben?

Fazit: Die Menschenrechtskrieger schrecken letztlich selbst vor dem Atomkrieg nicht zurück. Sie kalkulieren „im Namen der Menschenrechte" mit dem größten denkbaren Verbrechen gegen die Menschheit.

Alles in allem kurz vor dem Cottbusser Parteitag eine sehr nützliche Belehrung über die Richtigkeit der Beschlusslage in der PDS / Linkspartei.PDS / DIE LINKE seit Magdeburg, Münster und Dortmund.

Artur Pech, Schöneiche
Delegierter des 1. Parteitages der LINKEN

„Wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab. Das gilt auch allen Bestrebungen im Rahmen der UNO, regionale Auseinandersetzungen und einzelne innerstaatliche Konflikte mit militärischen Mitteln bewältigen zu wollen, anstatt die jeweils vorhandenen Möglichkeiten der Kriegsverhütung und der politischen, nichtmilitärischen Problem- und Konfliktlösung zu nutzen."
(Beschluss des Magdeburger Parteitages der PDS, 27.–28. 1. 1996)

„Die PDS lehnt aus all diesen Gründen UN-mandatierte Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab."
(Nein zu UN-Militäreinsätzen – Internationale Krisen und Konflikte friedlich lösen. Beschluss der 3. Tagung des 6. Parteitages, Münster, 7.–9. 4. 2000)

„Aufgrund vielfältiger Erfahrungen ist die Frage, ob internationale Militäreinsätze im Auftrag und unter Kontrolle der UN – wenn es sich um Kampfeinsätze mit Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta handelt – unter den gegenwärtigen Bedingungen in regionalen Kriegs- und Bürgerkriegskonstellationen zu einer Rückkehr in eine friedliche Entwicklung beitragen, zu verneinen."
(Programmatische Eckpunkte, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS, 24.–25. 3. 2007 in Dortmund, – aktuelles Grundsatzdokument der Partei DIE LINKE)

„Wir wollen den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan. Wir wollen, dass die Bundesregierung ihre Unterstützung des Irak-Krieges beendet. Deutsche Außenpolitik muss zurückfinden zu Völkerrecht und ziviler Konfliktlösung. Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Militärbündnisse wie die NATO sollen aufgelöst und stattdessen zivile Sicherheit ausgebaut werden. Abrüstung muss wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Deutschland muss für Abrüstung mutig vorangehen und von den USA fordern, die in Deutschland stationierten Atomwaffen abzuziehen. Ein atomwaffenfreies Deutschland kann der erste Schritt zu einem atomwaffenfreien Europa sein."

aus „Eine starke Linke für eine andere, bessere Politik", Leitantrag des Parteivorstandes an den 1. Parteitag" der Partei DIE LINKE

1. Parteitag der Partei DIE LINKE.

24. und 25. Mai 2008 in Cottbus, CMT Cottbus, Vorparkstraße 3

Aus der vorläufige Tagesordnung:

- Reden der Vorsitzenden der Partei DIE LINKE, Lothar Bisky und Oskar Lafontaine
- Aussprache und Beschlussfassung zu den Aufgaben der Partei DIE LINKE bis zur Bundestagswahl 2009 und zur Rentenkampagne der Partei
- Berichte an den 1. Parteitag der Partei DIE LINKE
- Wahlen des Parteivorstandes, der Bundesschiedskommission und der Bundesfinanzrevisionskommission
- Zur Arbeit der Bundestagsfraktion und der Gruppe im Europäischen Parlament

Veranstaltungen (Auswahl)

- 8. 5., **Tag der Befreiung vom Faschismus**, Kranzniederlegungen der LINKEN an den sowjetischen Ehrenmalen im Kreisgebiet (genaueres in der Tagespresse)
- 9./10. 5., **Lesen gegen das Vergessen** zur Mahnung und Erinnerung an die Bücherverbrennung 10. Mai 1933 im ganzen Kreisgebiet (genaueres in der Tagespresse)
  9. 5., ab 11 Uhr, Berlin, Bebelplatz
- 9.–12. 5., Altenhof, Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee
  16. Pfingsten mit DIE LINKE. (siehe Kasten unten)
- 22. 5., 19 Uhr, Beeskow, Märkischer Biergarten
  Gesamtmitgliederversammlung des Gebietsverbandes Beeskow, Aufstellung der Kandidatenliste für die Kommunalwahl 2008
- 24./25. 5., Cottbus, Vorparkstraße 3 (Messe Cottbus)
  1. Parteitag der Partei DIE LINKE

Das 16. Pfingsten mit DIE LINKE. findet vom 9. bis 12. Mai 2008 in der Europäischen Jugenderholungs- und Begegnungsstätte Werbellinsee in Altenhof statt:

- jeden Abend Tanz bis in die Morgenstunden
- Samstag und Sonntag großes Kinderprogramm am Strand mit Neptunfest
- Fußball und Volleyballwettkämpfe am Samstag
- politische Talkrunden im Zelt am Strand zu aktuellen Themen, gemischt mit Musik und Tanz
- Europatag mit Europa-Abgeordneten und internationalen Gästen
- Dampfer-Abendfahrt mit Musikprogramm, Skatturnier, Kulturbühne …
- ND-live
- Versorgung: Halbpension; mehrere Grill- und Getränkestände für die Gäste bereit

Aktuelle Informationen zu Programmgestaltung und Anmeldung unter

www.die-linke.de

DIE LINKE Oder-Spree

Kreisgeschäftsstelle • Schloßstraße 7 • 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: *kontakt@linke-oder-spree.de*

geöffnet Mo., Mi., Do. 9–12 und 13–17 Uhr
Di. 9–12 und 13–19 Uhr, Fr. 9–13 Uhr
Kasse Di. 13–17 Uhr und Do. 9–12 Uhr

Alles öffentlich im Kreistag LOS

Sitzungen im Mai/Juni 2008

DIE LINKE-Fraktion des Kreistages Oder-Spree

Öffentliche Fraktionssitzungen: 25. 5., 19 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7
Fraktionsgeschäftsstelle: 15517 Fürstenwalde, Schloßstraße 7
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax 34 26 24
Fraktionsgeschäftsführerin: Monika Pooch, 15518 Beerfelde, Jänickendorfer Straße 55, Tel. (03 36 37) 3 88 42, Fax 3 88 43
E-Mail: *emk.pooch@t-online.de*

Ausschüsse des Kreistages Oder-Spree

Ausschuss f. Wirtschaft, Umwelt, Bauen	7. 5.,	17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Jugendhilfeausschuss	8. 5.,	17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Haushalts- und Finanzausschuss	19. 5.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Ausschuss f. Soziales, Bildung, Kultur und Sport	20. 5.,	18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
Werksausschuss KWU	22. 5.,	18.00 Uhr, Fürstenwalde, K.-Marx-Str. 11
Kreisausschuss	4. 6.,	17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Die Tagesordnungen und konkreten Versammlungsorte und -räume bitte in Kreistagsfraktion erfragen oder der Internetseite *https://web.landkreis-oder-spree.de/somacos/sessionnet/bi/infobi.asp* entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

25. 6., 17.00 Uhr, Beeskow, Atrium Landratsamt, Haus B, Breitscheidstr. 7

Redaktionsschluss der Juni-Ausgabe ist der 20. Mai. Beiträge bitte an die Kreisgeschäftsstelle der LINKEN Oder-Spree (Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, *kontakt@linke-oder-spree.de*) oder an die Redaktion schicken (*Peter-Waltraud-Hochmuth@t-online.de*, *Elvira_strauss@web.de*).

Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im Mai

65. Elke Chesin, Eisenhüttenstadt
70. Ingeborg Kalkreuth, Fürstenwalde
80. Ilse Hübner, Eisenhüttenstadt
81. Günter Gaumnitz, Eisenhüttenstadt
    Lotte Gerlach, Fürstenwalde
    Gerd Hoff, Schöneiche
82. Else Türschmann, Fürstenwalde
82. Hannelore Weldner, Storkow
85. Erich Rooft, Eisenhüttenstadt
86. Bernhard Hoffmann, Siehdichum
    Bernd Schaaf, Fürstenwalde
89. Irmgard Liepner, Eisenhüttenstadt

IMPRESSUM:
Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree, Schloßstraße 7, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24, E-Mail: kontakt@linke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel./Fax (0 33 62) 55 96, E-Mail: Peter-Waltraud-Hochmuth @t-online.de; Dr. Elvira Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 49 62, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 3 000
Satz: Satzstudio Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Saxoprint GmbH, Digital- & Offsetdruckerei, Enderstraße 94, 01277 Dresden
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle LeserInnen werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto 3 410 533 965, BLZ 170 550 50 bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der DIE LINKE-Kreisverbandes LOS oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Schloßstr. 7, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Fürstenwalder LINKE mit interessanter Liste zur Kommunalwahl

Bis zum Juni, wenn in einer Gesamtmitgliederversammlung offiziell die Liste der LINKEN zur Wahl der Stadtverordnetenversammlung Fürstenwalde aufgestellt wird, ist es noch etwas Zeit. Dennoch gab es auf der letzten Mitgliederversammlung einen ersten Ausblick auf das mögliche Angebot von Bewerberinnen und Bewerbern für unsere offene Kommunalwahlliste. Der Stand der Gewinnung zugkräftiger, überzeugender Persönlichkeiten für DIE LINKE. Fürstenwalde ist mehr als nur ermutigend. Neben den bisherigen Stadtverordneten Helga Paschek, Gerold Sachse, Maria Meinl, Martin Gollmer oder Monika Fiedler werden mit unserem Kreisvorsitzenden Stephan Wende und dem Landtagsabgeordneten Stefan Sarrach zwei bekannte Bewerber erstmalig zur Stadtverordnetenversammlung kandidieren. Auch der vor kurzem wiedergewählte stellvertretende Vorsitzende des Seniorenbeirates der Stadt Fürstenwalde, Stadtverordnete und Mitglied des Kreistages, Lothar Nachtigall, wird wieder kandidieren.

Kräftemäßigen Zuwachs erfuhren wir auch von zwei aktiven, parteilosen Kleingärtnern der Stadt, von Käthe Radom und Horst Lang, die wegen der Unterstützung der LINKEN im Kreistag und im Landtag wegen der Müllgebühren für Kleingärten den Weg zu uns suchten und sich nun für die Interessen der Kleingärtner auf unserer Liste einsetzen wollen und uns herzlich willkommen sind.

Ebenfalls herzlich willkommen ist uns der parteilose ver.di-Gewerkschafter und Betriebsratsvorsitzende der Busverkehrsgesellschaft Oder-Spree, Rene Benz, der für DIE LINKE für Stadt und Kreis kandidieren will. Mit Rene Benz gewinnen wir wichtigen Fachverstand aus dem Bereich öffentlicher Personennahverkehr und einen energischen Vertreter der Interessen von abhängig Beschäftigten dazu.

Aber auch Kandidaten unter 30 Jahren werden wir auf unserer Liste finden können, z. B. den Studenten Frithjof Bastian, unserem Mitglied im Kreisvorstand. Unsere neueingetretenen Genossen Jens Müller und Sven Oberländer wollen ebenfalls kandidieren.

Sicherlich werden wir noch mit anderen personellen Überraschungen bis zum Juni aufwarten können. Aber schon jetzt hat DIE LINKE jede Menge soziale Kompetenz, Lebenserfahrung, Sachverstand und Lust auf Politik durch so viele interessante Menschen anzubieten, so dass wir am 28. September 2008 unser Wahlziel, mit Abstand stärkste Partei zu bleiben, erreichen werden.

Da der erste Entwurf des Kommunalwahlprogramms gerade an der Basis diskutiert wird, werden wir auch das programmatische Angebot im Juni den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt unterbreiten können, um zu beweisen, dass es Sinn macht und der Stadt gut tun wird, alle drei Stimmen den Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN zu geben.

Stefan Sarrach, MdL

Der Autor für diesen Beitrag ist Vorsitzender des Stadtverbandes DIE LINKE. Fürstenwalde. Er hat den Beitrag im Auftrag des Vorstandes der Basisorganisation Fürstenwalde geschrieben.

DIE LINKE.
Fürstenwalde
Schlossstraße 6–7
15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69
Fax (0 33 61) 34 26 24

Ausstellung zur „Langen Nacht der Museen“ im Bürgerbüro des MdL Stefan Sarrach:

Die Fürstenwalder Bürgermeister

Am 30. Mai wird zum vierten Mal die „Lange Nacht der Museen“ der Region Fürstenwalde stattfinden. Das Bürgerbüro Stefan Sarrach ist von Anfang an auch Aussteller gewesen. Seit vier Jahren gestalten wir die Ausstellung „Das rote Fürstenwalde“ und zeichnen anhand historischer Ereignisse und biografischen Stationen sozialdemokratischer oder kommunistischer Politiker die Stadtgeschichte Fürstenwaldes aus Sicht der Arbeiterbewegung nach.

Für 2008 ändern wir das Ausstellungsprojekt bewusst ab. Weil wir an einer Festschrift zum 80. Geburtstag des langjährigen Bürgermeisters unserer Stadt, Johannes Ulbricht, arbeiten, widmen wir die Ausstellung in diesem Jahr den Bürgermeistern Fürstenwaldes seit Einführung der Städteordnung 1809. Die Bürgermeister werden mit Foto (sofern vorhanden) und biografischen Angaben vorgestellt und in Beziehung gesetzt zur Entwicklung der Stadt in ihrer Zeit. Eine solche Darstellung aller Bürgermeister hat es noch nicht gegeben, viele Fotos und Biografien wurden erst im Rahmen des Ausstellungskonzeptes in Archiven oder Zeitungen recherchiert.

Gedränge in den Räumen des Bürgerbüros während der Museumsnacht 2007

Durch die Ausstellung „Rotes Fürstenwalde“ ergab es sich auch, dass viele Zeitzeugen sich zu Gesprächen bereiterklärten und Fotos aus Familienbesitz zur Verfügung gestellt wurden. Vor allem die Bürgermeister nach 1945 wurden noch nie zusammenhängend vorgestellt, obwohl ihr Wirken noch heute sichtbare Spuren in der Stadt hinterlassen hat. Somit ist die Ausstellung eine wichtige Ergänzung zum Stadtmuseum und der dortigen Ausstellung. Man darf gespannt sein, was die „Lange Nacht“ zu bieten hat.

Freitag
30. Mai 2008
ab 19 Uhr

„4. Lange Nacht der Museen“ in Fürstenwalde –
Musik, Projekte und Gastronomie auf der Museumsterrasse und Start zu den weiteren Veranstaltungen mit den beteiligten Museen, Heimatstuben der Region und **dem Bürgerbüro des MdL Stefan Sarrach** (Schloßstraße 7).

Anlage zur Nutzwasserrückgewinnung wird nicht zerstört

Familie Plenzke ist moralischer Sieger – Zwangsmaßnahmen ausgesetzt

Der stellv. Schutzbereichsleiter, Polizeidirektor Hans-Joachim Kurz erörtert mit Babara Plenzke am 23. April im Beisein von Stefan Sarrach und Renate Adolph die Rechtslage.

Am Donnerstag, 24. April, ging der „Abwasserstreit" in Rauen, die seit Montagmorgen andauernde Belastung durch eine ständig drohende Ersatzvornahme des Zweckverbandes Wasserversorgung und Abwasserentsorgung Fürstenwalde und Umland mit Polizeieinsatz auf dem Grundstück der Familie Plenzke zu Ende.

Stefan Sarrach unterzeichnet am 24. April im Namen der Familie Plenzke die Einigung mit dem Zweckverband Fürstenwalde

Fotos: Georg-Stefan Russew

weitere Infos auf
www.sarrach.de

Familie Plenzke hat erreicht, dass Zweckverbände mit den Menschen nicht machen können, was sie wollen. Sie sind, wir alle hier sind seit Montag die moralischen Sieger gegen einen übermächtig scheinenden Zweckverband, der die Gerichte noch (!) auf seiner Seite hat. Die Zwangsvollstreckung ist vorerst ausgesetzt. Das ist der ständig wachsenden Solidarität von Bürgern, dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Bürgern zu danken. Herzlichen Dank dafür. Zu danken ist Vertretern der Landespolitik, Kerstin Kaiser, Renate Adolph und Carolin Steinmetzer-Mann (DIE LINKE.) als Mitglieder des Landtages, die vor Ort waren. Die Besonnenheit der Polizei war mustergültig.

Wir haben am 24. April auf Vermittlung der Polizei zum Gespräch mit dem Zweckverband zurückfinden können. Im Ergebnis wird der förmliche Belagerungszustand des Grundstückes der Familie Plenzke beendet, die Ersatzvornahme, der Zwang, wird nicht stattfinden. Familie Plenzke wird selbstbestimmt den geforderten Anschluss an die Kanalisation herstellen und geordnet ihre Nutzwasserrückgewinnungsanlage vorläufig abschalten.

Kein „Abwasserkrieg" – eine politische und juristische Auseinandersetzung zur „Abwasserüberlassungspflicht der Bürger

Im Augenblick beugen wir uns der von Gerichten für zulässig erklärten Gewalt des Zweckverbandes, aber die Nutzwasserrückgewinnungsanlage wird nicht zerstört und ist jederzeit wieder in Funktion zu setzen. Das was hier in Rauen geschehen ist, war kein „Abwasserkrieg". Es ist der Beginn einer notwendigen politischen und juristischen Auseinandersetzung darüber, ob Bürger in diesem Land gezwungen werden können, alles Abwasser an Zweckverbände abgeben zu müssen.

Familie Plenzke ist schon jetzt auf dem Weg zum Verfassungsgericht des Landes Brandenburg und in ganz Brandenburg verfolgt man interessiert, was wir schon jetzt erreicht haben, noch erreichen wollen und erreichen werden. So wie 1999 von der Politik versprochen, sollen Bürger nicht behindert und bestraft werden, wenn sie ihr Wasser mehrfach nutzen wollen. Sie sollen nicht gezwungen werden, alles Abwasser den Zweckverbänden „andienen" zu müssen, sie sollen vielmehr bestärkt werden, ihre ökologisch sinnvollen Wasseraufbereitungsanlagen zu betreiben.

Diesem Ziel kamen wir einen bedeutenden Schritt näher. Das Eilverfahren vor dem Verfassungsgericht ist nicht mehr nötig, die Verfassungsbeschwerde umso mehr. Mit dieser jetzt möglichen Verfassungsbeschwerde werden wir erreichen, dass die falsche Auffassung der Verwaltungsgerichte, wonach der Anschluss- und Benutzungszwang nötig sei, weil es keine gesetzliche Abwasserüberlassungspflicht gibt, korrigiert wird. Der Landtag wollte eine solchen Abwasserüberlassungspflicht im Wassergesetz ausdrücklich nicht und das Verfassungsgericht wird dazu dank dem Wirken und Durchhalten der Familie Plenzke Recht sprechen müssen. Aber auch dank Frau Groger aus Briesensee, die jeden Tag hier in Rauen war. Das hilft dann allen, die in Brandenburg zwangskanalisiert wurden, obwohl sie nur ihr Wasser mehrfach nutzen wollten, statt kostbares Trinkwasser zu verschwenden.

Stefan Sarrach, Mitglied des Landtages Brandenburg, Fürstenwalde (Er vertritt als Rechtsanwalt die BürgerInnen im Rechtsstreit juristisch und als Mitglied des Landtages Brandenburg politisch.)

„6. Die Gesellschaft

Wir alle tragen die Lasten, die durch ökologisch falsche Verhaltensweisen von Individuen oder Unternehmen auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Denn wir alle leben in der Umwelt, die durch solche Verhaltensweisen geschädigt wird. Wir alle aber profitieren auch davon, wenn einzelne Menschen beginnen, ihre Verhaltensweisen umzustellen. Durch die Mehrfachnutzung wird von einem Haushalt weniger energieintensives Trinkwasser dem zentralen Netz entnommen und natürlich auch weniger Schmutzwasser dem zentralen Netz wieder zugefügt. Wenn auch die Integrität der Umwelt im allgemeinen Interesse liegt, dann ist Mehrfachnutzung allgemeinwohlnützlich.

Die Frage ist dann, ob auch der Zweckverband Fürstenwalde und Umland von sich sagen könnte, dass er der Umwelt nützt?"

Stefan Sarrach/Mark Wagner, aus „Die politischen und juristischen Hintergründe des ‚Abwasserstreits' in Rauen"